

# Deutsch-Ostafrikanische Zeitung.

Mit den Gratisbeilagen:

„Amtliche Anzeigen für Deutsch-Ostafrika“ und „Der Ostafrikanische Pflanze.“

Publikationsorgan der Wirtschaftlichen Vereinigung von Darassalam und Hinterland, des Landwirtschaftlichen Vereins, des Wirtschaftlichen Vereins Uindi und des Wirtschaftlichen Verbandes Rufiji.

<b>Darassalam</b> 27. Mai 1911.	<b>Abonnementspreis</b> Für Darassalam vierteljährlich 4 Rupee, für die übrigen Teile von Deutsch-Ostafrika vierteljährlich einschließlich Porto 6 Rupee. Für Deutschland und sämtliche anderen deutschen Kolonien vierteljährlich 6 Mark. Für sämtliche anderen Länder halbjährlich 14 Mk. — Bestellungen auf die D. O. A. Zeitung werden sowohl von der Hauptredaktion in Darassalam (D. O. A.) wie von der Berliner Geschäftsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42 Alexanderstr. 93/94 entgegengenommen. — Amtliche Anzeigen für Deutsch-Ostafrika separat bezogen. Abonnementspreis jährlich 4 Mk. 50 Heller = 6 Mk. — „Der Ostafrikanische Pflanze“. Wöchentlich erscheinende Beilage für tropische Agrar- und koloniale Volkswirtschaft. Bei Separatbezug jährlich 7 Mk. 50 Heller = 10 Mk. portofrei.	<b>Insertionsgebühren</b> Für die 6-gewaltene Beilage 50 Pfennige. In den 5 Tagen für ein einmaliges Inserat 2 Rupee oder 3 Mark. Für Familiennachrichten sowie größere Inseratsaufträge tritt eine entsprechende Preisermäßigung ein. Die Annahme von Insertions- und Abonnementsaufträgen erfolgt sowohl durch die Hauptredaktion in Darassalam wie bei der Berliner Geschäftsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42 Alexanderstr. 93/94. Abonnements werden außerdem von sämtlichen Postämtern Deutschlands und Österreich-Ungarns angenommen. Postzeitungsliste Seite 84. Telegramm-Adresse für Darassalam: Zeitung Darassalam. Telegramm-Adresse für Berlin: Schindler'sche Verlagsbuchhandlung.	<b>Jahrgang XIII.</b> <b>No. 42.</b>
------------------------------------	--	---	---

## Berliner Telegramme.

**Das Kaiserpaar in Köln.**  
Berlin, 25. Mai (W. T.). Das Kaiserpaar wohnte der Einweihung der Hohenzollernbrücke in Köln bei.

**Annahme des Verfassungsgesetzes der Reichslande im Reichstage.**  
Berlin, 25. Mai (W. T.). Der Reichstag nahm das Verfassungsgesetz der Reichslande und das Wahlgesetz ohne Pluralstimmen an.

**Das Befinden des verunglückten französischen Ministerpräsidenten.**  
Berlin, 25. Mai (W. T.). Das Befinden des Ministerpräsidenten Monis in Paris ist befriedigend.

**Die Kämpfe in Marokko.**  
Berlin, 25. Mai (W. T.). Die Kolonie des Generals Moinier traf ohne erhebliche Kämpfe in Fez ein. Die Europäer sind wohlbehalten.

**Vertagung des Reichstages.**  
Berlin, 26. Mai (W. T.). Der Reichstag wird morgen (Sonabend) bis zum 10. Oktober vertagt.

**Wettflug Paris—Madrid.**  
Berlin, 26. Mai (W. T.). Bedrines flog mit seinem Aeroplan in 4 Etappen von Paris nach Madrid.

**Rücktritt des mexikanischen Präsidenten.**  
Berlin, 26. Mai (W. T.). In Mexiko ist der Präsident Porfirio Diaz zurückgetreten.

**Die guten Neger und die bösen Weißen.**

In der letzten Ausgabe der D.-O.-A. N. vom Mittwoch den 24. Mai 1911 findet sich an erster Stelle ein „Pflanzebrief“, der in so grellem Widerspruch zu den tatsächlichen Verhältnissen steht, daß wir der sonst stark an „Viehoff, Ein Lehr- und Lesebuch für Schüler höherer Schulen“ erinnernden Veröffentlichung mehr Beachtung zu schenken gezwungen sind, als es dieselbe ihrem Stil und Inhalt nach verdient.

Entweder ist der Schreiber dieses ambrosianischen Lobgesangs sehr reich und kann auf wirtschaftliche Erfolge pfeifen oder er sitzt in einer uns noch unbekanntem Gegend, wo es schwarze Engel giebt. „Besonders beliebt ist bei den Arbeitern die Bettstelle“, berichtet er. Auch seine Auslassungen über die Landfrage lassen erkennen, daß er ein dickes Fell haben muß, — „zufrieden mit Gouvernament und Bezirksamt“ — und zufrieden mit sich selber. Doch Schluß, wir wollen nicht selbst zum Wiederläufer werden, wenn die Sache Spaß macht, der laufe sich eine Rundschau Nummer 41 und lese sich den „Pflanzebrief“ durch. Der Genuß ist die 25 Heller wert. Schon die 3 Assistenten bei 80 bis 100 Arbeitern lassen den Eingeweihten ahnen, daß usw.

In recht schroffem Widersprache hierzu steht ein „Anstiedlerbrief“, den „Die Deutschen Kolonien“, das Organ des Deutschnationalen Kolonialvereins, in Nr. 5 der Zeitschrift unter dem Titel: „Eingeborenen- und Anstiedlungspolitik in Deutsch-Ostafrika“ veröffentlicht.

Die wertvollsten Stellen in Deutsch-Ostafrika sind bereits von Nichtdeutschen: Engländern, Holländern, Griechen usw. belegt. Die Bestiedelung durch Deutsche scheint eher erschwert als gefördert zu werden. Es

herrscht dabei eine völlige Ziel- und Planlosigkeit. Jedem einzelnen Bezirksamtmann wird es überlassen, welche Stellung er zu dieser außerordentlich wichtigen nationalen Frage einnimmt. Nun sind manche Bezirksamtänner bestrebt, möglichst hohe Landpreise zu erzielen, entweder um in ihrem Etat gut abzuschneiden, oder um dadurch die unbehaglichen deutschen Ansiedler fernzuhalten. Infolgedessen haben wir nur wenige Gegenden mit einer dichten weißen Bevölkerung und eine punktweise Bestiedelung durch die ganze Kolonie, mit Ausnahme des gesperrten Ruanda-Gebietes. Dieselbe Art der Bestiedelung hatten wir vor dem Jahre 1904 in Südwestafrika. Die Folge davon war, daß bei dem Aufstand die Eingeborenen mit Leichtigkeit die einzelnen Ansiedlerfamilien ermorden konnten, weil sie auf keine geschlossenen Siedelungen trafen. Denselben Schicksal gehen unsere Ansiedler in Ostafrika entgegen.

Die Eingeborenenpolitik, die dort vom Gouvernament geleitet wird, ist eine derartige, daß die Autorität des weißen Ansiedlers nicht gestärkt, sondern systematisch untergraben wird. Er muß arbeiten, um vorwärts zu kommen. Das braucht der Schwarze nicht; er kann auch dazu nicht gezwungen werden, und so erscheint ihm der deutsche Ansiedler als ein Mensch, der noch unter ihm steht. Diese Art der Eingeborenenpolitik verringert nicht etwa die Reibungsflächen zwischen Schwarz und Weiß, sondern vermehrt sie, und wenn da kein Wandel geschaffen wird, gehen wir in Deutsch-Ostafrika derselben Katastrophe entgegen wie in Südwest. Auch in Ostafrika würden die Eingeborenen bei einem Aufstande im Anfange nur geringen Widerstand finden und könnten getrost die deutschen Ansiedlerfamilien einzeln ermorden.

In der „Deutschostafrikanischen Zeitung“ und der „Uamdarapost“ ist die „Arbeiterfrage“ eine ständige Rubrik, angefüllt mit Stoßleuzern, Schelten und Vorwürfen. Und doch handelt es sich hierbei meist um Ansiedler und Plantagenbesitzer, die schon in gewissem Sinne in „Kulturgegenden“ wohnen. Noch viel schlimmer scheint unfere Gerächens der Ansiedler daran zu sein, der tief im Innern, fernab von jeder Station, mitten im Urwalde sitzt.

So manche Klagen sind uns von solchen Seiten zugegangen. Einige davon seien denjenigen Stellen, die es angeht, zur Beachtung empfohlen.

Ein Siedler schreibt uns: „Es gibt hier bisweilen Zeiten, wo man glaubt, es geht gar nicht mehr und man allen Grund zum Verzweifeln hat. Dieser Krager mit dem schwarzen Araber und Wienpersonal! Diese lieben schwarzen Mitbrüder sind die richtigen wackelhaften Sozialdemokraten, an denen Bebel und Singer ihre helle Freude haben würden, d. h. solange diese Herren die Faulheit, Frechheit und Niederträchtigkeit dieser schwarzen „Genossen“ nicht am eigenen Leibe verspürten. Der Ansiedler, der weder Regierungsbeamter noch Missionar ist, ist für sie ein minderwertiger Weißer, ein „Sch. nst Ulet“, mit dem sie dank der famosen Eingeborenenpolitik der höchsten Beamten hier machen können, was sie wollen. Der einsam in der Wildnis hausende Ansiedler ist ihnen gegenüber völlig machtlos. Er ist ihrer Faulheit und Frechheit preisgegeben. Beschwerden an die Militärstation wegen Kontraktbruch, Arbeitsverweigerung usw. sind illusorisch, wenn greift die Uebelthäter hier in der Wildnis? Selbst wenn die betreffenden Beamten den besten Willen haben, dem Ansiedler zu helfen, sie können und dürfen es gar nicht; denn kein Schwarzer darf von irgend jemand zur Arbeit gezwungen werden, und ehe diese lieben Schwarzen über ihren geringen Bedarf an Steuergeld usw. hinaus eine Hand zur Arbeit rühren gegen Geld und gute Worte — da kann man lange warten. Seelenruhig, mit verschärkten Armen, sehen diese „Herren“ zu, wie der Ansiedler sein Vieh selber hüten muß oder das vom Sturm zerfetzte Dach seines Hauses selber ausflucht und von früh 4 Uhr an bis in die Nacht arbeitet, um für sich und die Seinen sein täglich Brot und die Steuern für den Staat zu verdienen. Solch ein Weißer steht ihrer Meinung nach tief unter dem Sader und dem Askari. Denn

der Sader braucht nicht zu arbeiten und der Askari bringt den Schwarzen Kraft seiner Serkalgewalt mit der Milchpfeife den nötigen Respekt und Fleiß bei, wenn Wegebauarbeiten usw. im Auftrag der Regierung zu leisten sind. Der Ansiedler ist allein auf ihren guten Willen angewiesen, das wissen sie nur zu gut. — Und dieser gute Wille so einem minderwertigen Weißen gegenüber, der weder Uniform noch weißen Stragen trägt und schwielige Hände hat, dieser gute Wille zur Arbeit ist bei ihnen recht schwach ausgebildet.

Nun muß man dieses „Herrenvolk“, unter dem ich sitze, verstehen. Früher war es ein Räubervolk, das die angrenzenden Gebiete gelegentlich ausplünderte, Vieh und Weiber raubte und von den Gefangenen als Sklaven ihre Felder bebauen ließ, gelegentlich auch einen Sader, den sie ins Land gelockt hatten, abmürsteten und seine „Duka“ unter sich verteilten, daneben Elefanten jagten und durch Eisenhandel reich wurden. Diesen geborenen Raubrittern, die unter sich nur durch tyranische Despotie ihrer Häuptlinge im Zaume gehalten wurden, wurde von der deutschen Regierung in langwierigen blutigen Kämpfen das Handwerk gelegt. Sie mußten nun selber ihre Felder bebauen, und die Raubzüge hörten auf. Der Weiße faste festen Fuß in ihrem Land, zuerst der Regierungsbeamte, der Soldat. Dann kamen Missionare, die hier allerdings wenig Erfolg haben. Und schließlich kam auch ab und zu da und dort ein weißer Ansiedler ins Land — eine neue Sorte Weißer, nicht regierend, auch nicht lehrend, sondern arbeitend, und begehrten die Mithilfe dieses „Herrenvolkes“ bei ihrer Arbeit gegen Vogn. Das ist eine recht große Zumutung an die ehemaligen Raubritter, und sie drückten sich davor, solange sie nicht gar zu nötig ein Stück Zeug brauchen oder ihnen der steuereintreibende Askari aufs Dach steigt. Zwingen kann sie niemand, also wozu sich unnötig Geld verdienen, wenn das Spazierengehen angenehmer ist. — Ich hatte früher zur Arbeit genügend Leute. Jetzt aber, wo fast alle Monate ein Arbeiteranwerber für die Bahn oder Plantagen hier durchzieht und zu Hunderten Leute nach der Küste oder zum Bahnbau holt, werden die Arbeiter rar, und man ist auf die hier aufässigen Wahege angewiesen, die selbstverständlich nicht zum Bahnbau gehen, weil — sie da schließlich doch arbeiten müßten.

Ein Regierungsbeamter, der dem Ansiedler wohlwollend gesinnt ist, kann durch bloßen Hinweis an die Leute auf ihre Pflicht viel erreichen zum Besten des Ansiedlers. Und ich muß sagen, daß ich einigen Herren Offizieren in dieser Beziehung viel Dank schulde; denn sonst hätte ich bei Unbotmäßigkeit und Faulheit der hier ansässigen Eingeborenen, auf die ich angewiesen bin, schon längst können die Bude zumachen. — Sollte nun nicht aber, was jetzt Gefälligkeit der Herren Beamten ist, gutes Recht des Ansiedlers sein. Von Ausbeutung der lieben Schwarzen, worüber zu Hause so oft gezeckert wird, kann hier keine Rede sein; denn ich selbst muß körperlich dreimal soviel arbeiten als diese Schwarzen und befinde mich ganz gesund dabei. Ist denn die Beziehung und Bezahlung dieser Schwarzen durch den Ansiedler so geringwertig, daß ihm als Gegenleistung seitens der Regierung nicht ein gewisses Recht auf Polizeigewalt und Aufsicht über das Tun und Treiben dieser „Herren Schwarzen“ zugestanden werden sollte, zumal hier tief in der Wildnis, wohin der Arm der Regierungsgewalt nicht so recht reicht? — Man rede nicht davon, man solle als Ansiedler versuchen, die Leute mit Güte, hohem Löhnen usw. zur Arbeit zu locken. Dies alles gilt bei der Bande nur als Schwäche und ist geeignet, das Ansehen des Ansiedlers in ihren Augen noch mehr herabzusetzen. Nur durch gelinden, aber gerechten, konsequenten Arbeitszwang läßt sich hier was erreichen bei den Leuten, so wie er seitens der Regierung in bezug auf Steuern und Wegebauarbeiten geübt wird. Solange dies nicht eingeführt ist, kann ich keinem Ansiedler raten, sich hier niederzulassen. Bei diesen Zuständen ist es nicht ausgeschlossen, daß ich eines Tages als mittelloser Weißer mit Weib und Kind nach Hause gehen muß, und meine jahrelange mühevolle Arbeit umsonst gewesen ist.